



Dr. Jens Kober

Mitglied des Vorstands der KZVB

„Fragen Sie Ihren Arzt oder Zahnarzt“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gehen (leider) auch an unseren Praxen nicht spurlos vorüber. Die Nerven liegen blank. Das wurde deutlich, als Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) bei einer Pressekonferenz „en passant“ das duale System von gesetzlicher und privater Krankenversicherung infrage stellte. Eine Regierungssprecherin musste seine Äußerungen tags darauf einfangen. Auch der Bundesgesundheitsminister wurde im Vorfeld offensichtlich nicht informiert. Niemand weiß, ob und wie lange die schwarz-rote Koalition im Bund noch durchhält. Auch die Zukunft des Kanzlers ist ungewiss. Einen klaren Reformplan scheint diese Bundesregierung jedenfalls nicht mehr zu haben. Umso wichtiger ist jetzt eine starke Standespolitik.

Wir müssen den Entscheidungsträgern in Berlin klarmachen, dass die zahnmedizinische Versorgung auf der Kippe steht. Mit Rasenmäher-Spargesetzen lassen sich die Probleme unseres Gesundheitswesens nicht lösen. Die Niederlassungsbereitschaft ist auf einem Rekordtief angekommen. Wachstum verzeichnen wir aktuell nur noch bei den angestellten Zahnärzten. Ich kann es dem Nachwuchs nicht verdenken, dass er angesichts der aktuellen Rahmenbedingungen einen weiten Bogen um das Risiko „eigene Praxis“ macht. Unnötige Bürokratie, Fachkräftemangel, ein GOZ-Punktwert aus dem Jahr 1988 und eine verschärfte Budgetierung wirken wie ein Brandbeschleuniger für das Praxissterben im ländlichen Raum. Der Höhepunkt dieser Entwicklung ist noch nicht erreicht. Das kinderreichste Jahr in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war 1964. Die damals Geborenen sind jetzt 62 und werden in den kommenden fünf Jahren das Rentenalter erreichen. Viele Alterspraxen werden mangels Nachfolger schließen. Wir brauchen jetzt ein klares Bekenntnis der Politik für den freiberuflich tätigen

Zahnarzt in der eigenen Praxis. Er ist der Garant für eine wohnortnahe, qualitativ hochwertige Versorgung. Denn investorenfinanzierte Medizinische Versorgungszentren haben ihren Sitz nahezu ausschließlich in den Metropolregionen.

Dass die Selbstverwaltung funktioniert, wenn man sie denn lässt, zeigen die aktuellen Vergütungsverhandlungen der KZVB. Punktwerte und Budgets sind seit dem Amtsantritt dieses Vorstands um fast 16 Prozent gestiegen. Durch Nachverhandlungen konnten wir eine Budgetüberschreitung bei der AOK Bayern im Jahr 2025 vermeiden. Aber auf Dauer kann auch die Selbstverwaltung die Folgen einer grundfalschen Gesundheitspolitik im Bund nicht kompensieren. Bereits in diesem Jahr drohen weitere Budgetüberschreitungen. 2027 wird die Lage durch das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz noch dramatischer. Das ist auch deshalb frustrierend, weil wir Zahnärzte nicht die Kostentreiber im deutschen Gesundheitswesen sind. Unser Anteil an den GKV-Gesamtausgaben geht seit Jahren zurück. Mit unseren Präventionserfolgen könnten wir Vorbild für nahezu alle anderen Medizinbereiche sein. Eine Zuckersteuer könnte die durch Adipositas und Diabetes verursachten Behandlungskosten erheblich reduzieren. Aber das Bundesfinanzministerium wollte auch zuckerfreie Getränke besteuern und aus den Ländern gibt es Widerstand. Das ist nur ein Beispiel für eine Gesundheitspolitik, die an Symptomen herumdoktert, ohne Ursachen zu bekämpfen. Mein Rat an die politischen Entscheidungsträger: Fragen Sie Ihren Arzt oder Zahnarzt, wie es besser geht! Unsere Reformvorschläge liegen auf dem Tisch. Die Politik muss sie nur aufgreifen.

Ihr